

Niederschrift
über die 3. Sitzung des Ausschusses für Inklusion
am 23.03.2015 in Köln, Landeshaus

Anwesend vom Gremium:

CDU

Hurnik, Ivo
Isenmann, Walburga
Meies, Fritz für Natus-Can M.A., Astrid
Norkowsky, Arnold
Rubin, Dirk
Schavier, Karl für Schittges, Winfried (MdL)
Solf, Michael-Ezzo
Wöber-Servaes, Sylvia
Wörmann, Josef Vorsitzender

SPD

Daun, Dorothee
Lüngen, Ilse
Böll, Thomas für Meiß, Ruth
Schmerbach, Cornelia
Schmidt-Zadel, Regina
Servos, Gertrud
Weiden-Luffy, Nicole Susanne

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herlitzius, Bettina
Schmitt-Promny M.A., Karin
Zsack-Möllmann, Martina

FDP

Boos, Regina

Die Linke.

Dr. Bell, Hans-Günter
Jacob, Tobias

Freie Wähler/Piraten

Rehse, Henning

Verwaltung:

Frau Lubek	LVR-Direktorin
Herr Lewandrowski	LVR-Dezernent
Herr Woltmann	Leiter LVR-Anlaufstelle BRK
Frau Butz	Fachbereich 03
Herr Roggendorf	Vorsitzender der
Gesamtschwerbehindertenvertretung	
Frau Steymans	Vorsitzende Personalrat Dezernat Schulen und
Integration	
Frau Schiele	Personalrat Dezernat Schulen und Integration

Gäste:

Herr Ladenberger	ZsL Köln
Frau Grimbach-Schmalfuß	SoVD NRW

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 2. Sitzung vom 09.02.2015
3. Vorbereitung der Konstituierung des neuen LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte
4. Arbeitshilfe zum Gebrauch des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention **14/401**
5. Stand des völkerrechtlichen Prüfungsverfahrens der Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention **14/402**
6. Weitere Beschlüsse und Kenntnismnahmen
- 6.1. Inklusionsbarometer Arbeit - ein Instrument zur Messung von Fortschritten bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt **14/320**
- 6.2. Richtlinie des Landschaftsverbandes Rheinland zur Förderung der Inklusion in allgemeinen Schulen (LVR-Inklusionspauschale) **14/386**
- 6.3. Satzung über die Förderung der Inklusion in allgemeinen Schulen im Gebiet des Rheinlandes durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR-Inklusionspauschale) **14/387**
7. Haushaltsanträge der Fraktionen
- 7.1. Haushaltsanträge der Fraktionen: Übergang in die Selbstständigkeit und das selbstbestimmte Wohnen **14/32 Die Linke.**
- 7.2. Haushaltsanträge der Fraktionen: Verstetigung des Modellprojektes „Leben von Menschen mit Behinderung in Gastfamilien mit ambulanter Unterstützung“ und Erweiterung des Unterstützungsangebots für die Gastfamilien **14/33 Die Linke.**
- 7.3. Haushalt 2015/16;
Aufnahme von Flüchtlingen an den LVR-Schulen **14/65 SPD, CDU**
- 7.4. Haushalt 2015/16;
Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit herausforderndem Verhalten **14/68 SPD, CDU**
- 7.5. LVR-Inklusionspauschale **14/83 GRÜNE**
- 7.6. Haushaltsanträge der Fraktionen: LVR-Zentrum für Medien und Bildung und Leichte Sprache **14/36 Die Linke.**
- 7.7. Haushalt 2015/16;
Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/Bufdis) **14/43 CDU, SPD**

- in LVR-Einrichtungen verbessern
- 7.8. Haushalt 2015/16; **14/44 CDU, SPD**
Begleitende (finanzielle) Unterstützung für die
Beiratsmitglieder des Inklusionsbeirates
- 7.9. Haushalt 2015/16; **14/53 SPD, CDU**
Barrierefreie Nutzung der Pavillons im LVR-
Freilichtmuseum Kommern
- 7.10. Haushalt 2015/16; **14/54 SPD, CDU**
Neuaufstellung der Rheinischen Beamten-Baugesellschaft
(RBB) und Förderung von inklusiven Wohnprojekten
- 7.11. Haushalt 2015/16; **14/62 SPD, CDU**
Schaffung zusätzlicher Betriebsintegrierter Arbeitsplätze
- 7.12. Haushalt 2015/16; **14/63 SPD, CDU**
Notfalltopf für kurzfristig notwendige inklusive Maßnahmen
- 7.13. Haushalt 2015/16; **14/64 SPD, CDU**
Fachtagung Inklusion für Amtsärzte der
Gesundheitsämter der Mitgliedskörperschaften
- 7.14. Haushalt 2015/16; **14/75 SPD, CDU**
Entwicklung einer Inklusions-App
- 7.15. Haushalt 2015/16; Bericht über die Erprobung von **14/90 CDU, SPD**
technischen und/oder nicht-technischen Hilfsmitteln
- 7.16. Haushalt 2015/2016: **14/94 FDP**
Selbstbehauptungskurse für Jungen und Mädchen an allen
LVR-Schulen
- 7.17. Haushalt 2015/2016: **14/95 FDP**
Familienplanung für Menschen mit Behinderung
- 7.18. Haushalt 2015/2016: **14/97 FDP**
Förderung von inklusiven Wohnprojekten
8. Anfragen und Anträge
- 8.1. Handlungsspielräume für Kooperationen der LVR-Schulen **14/69 SPD, CDU**
mit allgemeinen Schulen
- 8.2. „Tour der Begegnung“ im neuen Format **14/70 SPD, CDU**
9. Mitteilungen der Verwaltung
10. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr

Ende der Sitzung: 11:30 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Frau Daun beantragt für die Fraktionen von CDU und SPD die Vertagung der TOP 7.5, 7.16, 7.17 und 7.18, weil die entsprechenden Haushaltsanträge nicht rechtzeitig zur Vorberatung vorgelegen haben. **Frau Schmitt-Promny** und **Frau Herlitzius** bitten darum nicht zu vertagen, sondern die Anträge ohne Beschlussfassung soweit möglich doch inhaltlich zu diskutieren. **Herr Rehse** erklärt, inhaltliche Fragen zu den Anträgen stellen zu wollen. **Herr Böll** bekräftigt den Antrag, die TOP ohne Beratung in den Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu vertagen.

Mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD werden die TOP 7.5, 7.16, 7.17 und 7.18 vertagt. Die Tagesordnung wird im Übrigen anerkannt.

Punkt 2

Niederschrift über die 2. Sitzung vom 09.02.2015

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Vorbereitung der Konstituierung des neuen LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte

Der Vorsitzende und **Frau Lubek** erläutern den Sachstand. Für die konstituierende Sitzung sei der 20.05.2015 noch in Abstimmung. Eine erste gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Inklusion sei am 22.06.2015 möglich.

Frau Servos teilt mit, dass der Landesbehindertenrat NRW e.V. den sog. Mitglieder-Pool benannt habe. Am 19.03.2015 sei man bereits zu einem vorbereitenden Treffen im Landeshaus zusammengekommen.

Punkt 4

Arbeitshilfe zum Gebrauch des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Vorlage 14/401

Frau Lubek stellt eine sog. Gebrauchsanweisung der Verwaltung zur weiteren Umsetzung des LVR-Aktionsplans vor, die die ausführlichere Broschüre allerdings nicht ersetzen solle und könne, sondern als kompakte Ergänzung für die alltägliche Arbeit gedacht sei.

Eine Arbeitshilfe der Verwaltung ("Gebrauchsanweisung") zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird gemäß Vorlage Nr. 14/401 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Stand des völkerrechtlichen Prüfungsverfahrens der Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Vorlage 14/402

Nach einer Einführung durch **Frau Lubek** stellt **Herr Woltmann** den aktuellen Stand der völkerrechtlichen Überprüfung Deutschlands durch den UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Genf vor. Die Vortragsfolien der Verwaltung werden der Niederschrift beigelegt.

Herr Rehse, Frau Schmitt-Promny, Frau Daun, Herr Solf, der Vorsitzende, Frau Lubek, Herr Lewandrowski und Herr Böll bestätigen die Bedeutung dieses Prozesses auch und insbesondere für den LVR. Die Verwaltung wird gebeten, über das Ergebnis der Prüfung ausführlich zu berichten.

Im Rahmen der Aussprache wird sehr kritisch die aktuelle Entscheidung des Bundeskabinetts vom 18.03.2015 zur Entkopplung der Entlastung der kommunalen Haushalte von der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe in einem neuen Bundesteilhabegesetz angesprochen.

Frau Lubek verweist hierzu auf zahlreiche Stellungnahmen verschiedener Akteure, die als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben werden. Die Pressemeldung des LVR findet einvernehmlich Zuspruch der Fraktionen.

Der Stand des völkerrechtlichen Prüfungsverfahrens der Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird gemäß Vorlage Nr. 14/402 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Weitere Beschlüsse und Kenntnisnahmen

Punkt 6.1

Inklusionsbarometer Arbeit - ein Instrument zur Messung von Fortschritten bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt Vorlage 14/320

Der Bericht zum Inklusionsbarometer wird gemäß Vorlage Nr. 14/320 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.2

Richtlinie des Landschaftsverbandes Rheinland zur Förderung der Inklusion in allgemeinen Schulen (LVR-Inklusionspauschale) Vorlage 14/386

Frau Schmitt-Promny bekundet Zweifel daran, dass die eingeplanten Haushaltsmittel ausreichend und die Befristung der Förderung auf zwei Jahre zielführend sei und verweist auf den vertagten TOP 7.5.

Herr Dr. Bell erklärt, dass die Deckelung durch seine Fraktion keine Unterstützung fände.

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.:

Der Richtlinie des Landschaftsverbandes Rheinland zur Förderung der Inklusion in allgemeinen Schulen wird gemäß Vorlage Nr. 14/386 zugestimmt.

Die Richtlinie tritt am Tage nach der Bekanntmachung der Satzung (14/387) im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW in Kraft.

Punkt 6.3

**Satzung über die Förderung der Inklusion in allgemeinen Schulen im Gebiet des Rheinlandes durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR-Inklusionspauschale)
Vorlage 14/387**

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.:

Der Satzung über die Förderung der Inklusion in allgemeinen Schulen im Gebiet des Rheinlandes durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR-Inklusionspauschale) wird gemäß Vorlage Nr. 14/387 zugestimmt.

Punkt 7

Haushaltsanträge der Fraktionen

Punkt 7.1

**Haushaltsanträge der Fraktionen: Übergang in die Selbstständigkeit und das selbstbestimmte Wohnen
Antrag 14/32 Die Linke.**

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Grüne, FDP, Linke und Freie Wähler/Piraten **abgelehnt**.

Punkt 7.2

**Haushaltsanträge der Fraktionen:
Verstetigung des Modellprojektes „Leben von Menschen mit Behinderung in Gastfamilien mit ambulanter Unterstützung“ und Erweiterung des Unterstützungsangebots für die Gastfamilien
Antrag 14/33 Die Linke.**

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Grüne, FDP, Linke bei Enthaltung der Fraktion Freie Wähler/Piraten **abgelehnt**. **Frau Herlitzius** nahm nicht an der Abstimmung teil.

Punkt 7.3

**Haushalt 2015/16;
Aufnahme von Flüchtlingen an den LVR-Schulen
Antrag 14/65 SPD, CDU**

Der Ausschuss fasst mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD und Linke gegen die Stimmen der Fraktion Freie Wähler/Piraten bei Enthaltung der Fraktionen Grüne und FDP **mehrheitlich** folgenden empfehlenden Beschluss:

In der sich zuspitzenden Situation von Flüchtlingen in den Mitgliedskommunen wird die

Verwaltung beauftragt zu prüfen, in wie weit auch die LVR-Schulen die Möglichkeit der Beschulung von Flüchtlingen haben. Zusätzlich ist zu prüfen, welche Hilfsangebote Flüchtlingsfamilien mit Kindern mit Behinderung und/oder traumatisierten Kindern gemacht werden können.

Punkt 7.4

Haushalt 2015/16;

Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit herausforderndem Verhalten

Antrag 14/68 SPD, CDU

Der Ausschuss fasst mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD und Linke gegen die Stimmen der Fraktion Freie Wähler/Piraten bei Enthaltung der Fraktionen Grüne und FDP **mehrheitlich** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Fachtagung zur Problemstellung der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit herausforderndem Verhalten zu organisieren. Hierbei sollen Ideen zur Verbesserung der Situation für diesen Personenkreis entwickelt werden.

Punkt 7.5

LVR-Inklusionspauschale

Antrag 14/83 GRÜNE

Der Antrag wurde ohne Votum an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Punkt 7.6

Haushaltsanträge der Fraktionen: LVR-Zentrum für Medien und Bildung und Leichte Sprache

Antrag 14/36 Die Linke.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktionen Grüne und Freie Wähler/Piraten **abgelehnt**.

Punkt 7.7

Haushalt 2015/16;

Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/Bufdis) in LVR-Einrichtungen verbessern

Antrag 14/43 CDU, SPD

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss bei Enthaltung der Fraktion Die Grünen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Modell zu entwickeln, damit Menschen mit Behinderung notwendige Unterstützungen erhalten und in die Lage versetzt werden, eine Tätigkeit im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes/FSJ aufzunehmen. Darüber hinaus sollen Gespräche mit den Trägern der freiwilligen Dienste aufgenommen werden mit dem Ziel, möglichst eine einheitliche Vergütung in allen LVR-Einrichtungen für die Menschen in den freiwilligen Diensten zu erreichen. Über das Ergebnis dieser Gespräche ist den Gremien zu berichten.

Des Weiteren soll - nach Möglichkeit ebenfalls mit den Trägern - ein Modell entwickelt werden, wonach den betroffenen MitarbeiterInnen eine Erstattung der Fahrtkosten ermöglicht wird.

Punkt 7.8

Haushalt 2015/16;

Begleitende (finanzielle) Unterstützung für die Beiratsmitglieder des Inklusionsbeirates

Antrag 14/44 CDU, SPD

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, den vom Landesbehindertenrat NRW entsandten Mitgliedern in den Beirat für Inklusion und Menschenrechte die für die Ausübung ihres Mandates notwendige begleitende Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Hierzu wird der LVR pauschale Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 10.000 € dem Landesbehindertenrat zur Verfügung stellen.

Punkt 7.9

Haushalt 2015/16;

Barrierefreie Nutzung der Pavillons im LVR-Freilichtmuseum Kommern

Antrag 14/53 SPD, CDU

Der Ausschuss fasst mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, FDP und Linke gegen die Stimme der Fraktion Freie Wähler/Piraten bei Enthaltung der Fraktion die Grünen **mehrheitlich** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den dritten Bauabschnitt im Zusammenhang mit der Sanierung der Pavillons des LVR-Freilichtmuseums Kommern vorzuziehen und unverzüglich das Verfahren zur Umsetzung in die Wege zu leiten.

Punkt 7.10

Haushalt 2015/16;

Neuaufstellung der Rheinischen Beamten-Baugesellschaft (RBB) und Förderung von inklusiven Wohnprojekten

Antrag 14/54 SPD, CDU

Der Ausschuss fasst seinen empfehlenden Beschluss zu

- Ziffer 1, Absatz 1 einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion,
- Ziffer 1, Absatz 2 mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Grüne, FDP und Freie Wähler/Piraten bei Enthaltung der Fraktion Die Linke mehrheitlich,
- Ziffer 2 mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen mehrheitlich,
- Ziffer 3 einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Freie Wähler/Piraten.

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. unverzüglich ein Konzept für eine Neuaufstellung der RBB zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei soll eine neue Namensgebung beraten und beschlossen werden.

Für das Haushaltsjahr 2016 sind Haushaltsmittel bereitzustellen, die erste Umsetzungsmaßnahmen des bis dahin beschlossenen Konzeptes ermöglichen.

2. bereits vor der Umsetzung eines neuen Konzeptes für die RBB (zunächst) beim LVR eine Organisationseinheit zu bilden, die Mitgliedskörperschaften, sonstige öffentliche und private Bauträger bei der Umsetzung inklusiver Wohnprojekte berät und unterstützt.

3. für den Herbst 2015 eine Fachtagung zum Thema „inklusive Wohnprojekte“ zu organisieren.

Punkt 7.11

Haushalt 2015/16;

Schaffung zusätzlicher Betriebsintegrierter Arbeitsplätze

Antrag 14/62 SPD, CDU

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, verstärkt Betriebsintegrierte Arbeitsplätze zu schaffen mit dem Ziel, diese in reguläre Arbeitsplätze umzuwandeln.

Zusätzlich sollen (neue) Arbeitsplätze für leistungseingeschränkte MitarbeiterInnen und Menschen mit Behinderung geschaffen werden.

Um hier im gesamten LVR einheitlich vorzugehen, soll unverzüglich ein entsprechendes Konzept entwickelt werden.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, eine Übersicht über den LVR (einschl. Eigenbetriebe) zu erstellen, aus der ersichtlich ist, in welchen Bereichen wie viele Menschen mit Behinderung beschäftigt sind.

Punkt 7.12

Haushalt 2015/16;

Notfalltopf für kurzfristig notwendige inklusive Maßnahmen

Antrag 14/63 SPD, CDU

Der Ausschuss fasst mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen **mehrheitlich** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Betrag von bis zu 2 Mio. Euro für Bedarfe im Rahmen inklusiver Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus soll die Verwaltung Vorschläge erarbeiten, wie diese Mittel an anderer Stelle eingespart werden können.

Punkt 7.13

Haushalt 2015/16;

Fachtagung Inklusion für Amtsärzte der Gesundheitsämter der Mitgliedskörperschaften

Antrag 14/64 SPD, CDU

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss bei Enthaltung der Fraktion Freie Wähler/Piraten:

Der Antrag wird dahin gehend ergänzt, dass sich die Fachtagung auch an Kinderärztinnen und Kinderärzte richten soll.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine LVR-Fachtagung Inklusion durchzuführen, um über den aktuellen Stand des schulischen Inklusionsprozesses zu informieren und die maßgeblichen Aspekte aus schulärztlicher Sicht zu diskutieren.

Punkt 7.14
Haushalt 2015/16;
Entwicklung einer Inklusions-App
Antrag 14/75 SPD, CDU

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss bei Enthaltung der Fraktionen Grüne und FDP:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine Inklusions-App im Rheinland zu entwickeln.

Punkt 7.15
Haushalt 2015/16; Bericht über die Erprobung von technischen und/oder nicht-technischen Hilfsmitteln
Antrag 14/90 CDU, SPD

Der Ausschuss fasst mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, FDP, Linke und Freie Wähler/Piraten gegen die Stimmen der Fraktion Die Grünen **mehrheitlich** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Bericht über den derzeitigen Stand der Erprobung von technischen und/oder nicht-technischen Hilfsmitteln zu erstellen und zu prüfen, wo und in welchem Umfang der LVR bei der weiteren Entwicklung und Erprobung von technischen und nicht-technischen Hilfsmitteln unterstützend tätig sein kann.

Die Ausschreibung eines Ideen-Wettbewerbs für solche Hilfsmittel für Deutschland oder den Bereich der europäischen Union soll geprüft werden.

Punkt 7.16
Haushalt 2015/2016:
Selbstbehauptungskurse für Jungen und Mädchen an allen LVR-Schulen
Antrag 14/94 FDP

Der Antrag wurde ohne Votum an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Punkt 7.17
Haushalt 2015/2016:
Familienplanung für Menschen mit Behinderung
Antrag 14/95 FDP

Der Antrag wurde ohne Votum an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Punkt 7.18
Haushalt 2015/2016:
Förderung von inklusiven Wohnprojekten
Antrag 14/97 FDP

Der Antrag wurde ohne Votum an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Punkt 8
Anfragen und Anträge

Punkt 8.1
Handlungsspielräume für Kooperationen der LVR-Schulen mit allgemeinen Schulen
Antrag 14/69 SPD, CDU

Frau Schmitt-Promny verweist hierzu auf den Haushaltsantrag "Förderung von Kooperationen zwischen Förderschulen, Regelschulen sowie weiteren Projektpartnern zur Unterstützung der Entwicklung eines inklusiven Schulwesens" der Fraktionen SPD, Grüne und FDP Nr. 13/275 vom 15.10.2013.

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8.2
„Tour der Begegnung“ im neuen Format
Antrag 14/70 SPD, CDU

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9
Mitteilungen der Verwaltung

Frau Lubek berichtet über die Ausschreibung des neuen Inklusionspreises des Landes NRW. Die Mitglieder erhalten hierzu als Tischvorlage ein Faltblatt.

Punkt 10
Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldung.

Duisburg, 01.06.2015

Der Vorsitzende

W ö r m a n n

Köln, 27.05.2015

Die Direktorin des
Landschaftsverbandes Rheinland

L u b e k

Stand der Überprüfung der Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat der Vereinten Nationen



Ausschuss für Inklusion, 23.03.2015
Bericht zu TOP 5

Logo mit Lupe: Deutsches Institut für Menschenrechte Berlin

... aus der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für den Ausschuss für Inklusion, Absatz 2:

Er berät insbesondere über:

4. die Umsetzung des nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zur BRK, soweit sie die Belange des Landschaftsverbandes Rheinland betrifft, unter besonderer Berücksichtigung der diesbezüglichen Gesetzgebung und politischen Meinungsbildung in Verbänden und Gremien auf Bundes- und internationaler Ebene.

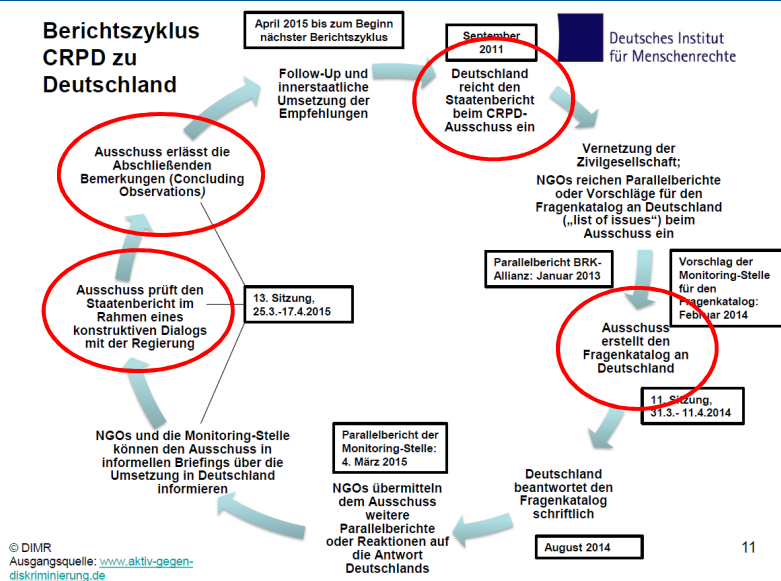
Vier Stufen des Prüfverfahrens

(Quelle: Deutsches Institut für Menschenrechte Berlin)

1. Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland (2011)
2. Fragenliste des UN-Fachausschusses und Beantwortung durch den Vertragsstaat (2014)
3. Dialog des UN-Fachausschusses mit der Staatendelegation (26.+27.03.2015)
4. Abschließende Bemerkungen des UN-Fachausschusses (ca. Mitte April 2015)

Folie 3

Berichtszyklus CRPD zu Deutschland



11

Folie 4

Einblicke in die 25 Fragen (und Antworten)

vgl. Vorlage Nr. 14/402

Folie 5

Frage 1

- **Rechtsverständnis der Bundesländer
und Ausgestaltung der Aktionspläne**

Frage 2

- **Partizipation der Verbände von
Menschen mit Behinderungen an den
Programmen des Europäischen
Sozialfonds (ESF)**

Folie 6

Frage 3

- **Normprüfung auf Bundes- und Landesebene (Legislative)**

Frage 4

- **Angemessene Vorkehrungen**

Folie 7

Frage 5

- **Zugänglichkeit privater Einrichtungen und Dienste für die Öffentlichkeit**

Fragen 6 + 7

- **Selbstbestimmung und Zwangsbehandlung im Betreuungsrecht**

Folie 8

Fragen 8 + 9

- **Zugang zur Justiz
(Kommunikationshilfen für Menschen mit
Behinderungen und ein Fachgespräch zur
Sensibilisierung der Gerichte)**

Frage 10

- **Beschwerdemöglichkeiten für Menschen
mit Behinderungen in speziellen Einrich-
tungen (Heime, MRV, Krankenhäuser...)**

Folie 9

Frage 11

- **Pharmakologische Versuche an
Menschen mit Behinderungen ohne
freiwillige Einwilligungen**

Frage 12

- **Irreversible Operationen an
intersexuellen Kinder**

Folie 10

Frage 13

- **Zulässigkeit von Zwangssterilisationen**

Frage 14

- **Statistik zu ärztlichen Zwangsmaßnahmen**

Folie 11

Frage 15

- **Statistik zur Deinstitutionalisierung
in Bezug auf Wohnformen und
psychiatrische Krankenhäuser**

Frage 16

- **Kostenvergleich ambulant – stationär
(„Mehrkostenvorbehalt“ im SGB XII)**

Folie 12

Frage 17

- **Unterstützung von Eltern, damit Kinder mit Behinderungen nicht in eine Einrichtung müssen**

Frage 18

- **Entwicklung des gemeinsamen schulischen Lernens (Statistik 2008 bis 2014)**

Folie 13

Frage 19

- **Aufbau eines inklusiven Bildungssystems (Haushaltsmittel und Rechtsverständnis der Länder)**

Frage 20

- **Allgemeiner und besonderer Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen (einschließlich Übergang Werkstatt > 1. Arbeitsmarkt)**

Folie 14

Frage 21

- **Umsetzung von Barrierefreiheit im Sinne der Arbeitsstättenverordnung**

Frage 22

- **Wahlrechtsausschlüsse**

Folie 15

Frage 23

- **Berichterstattung (Daten und Statistik)**

Frage 24

- **Programme und Projekte mit und für Menschen mit Behinderungen (Partizipation, Qualität, Wirkung und Finanzvolumen)**

Folie 16

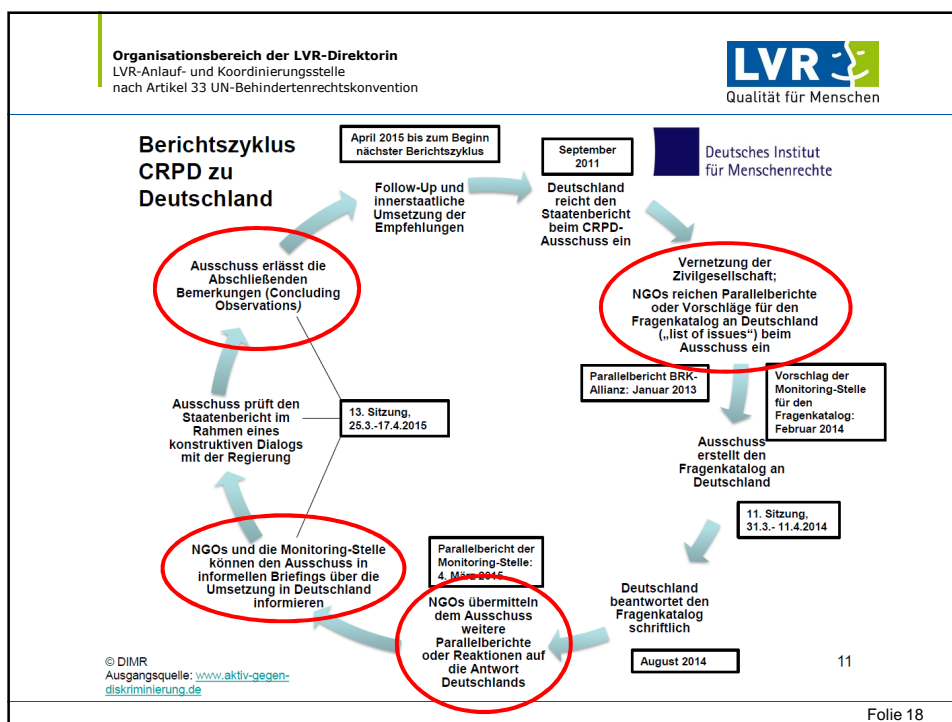
Organisationsbereich der LVR-Direktorin
LVR-Anlauf- und Koordinierungsstelle
nach Artikel 33 UN-Behindertenrechtskonvention

LVR
Qualität für Menschen

Frage 25

- Zusammenarbeit der Landesbehindertenbeauftragten untereinander und mit der Bundesregierung**

Folie 17



„O-Ton“ Monitoring-Stelle

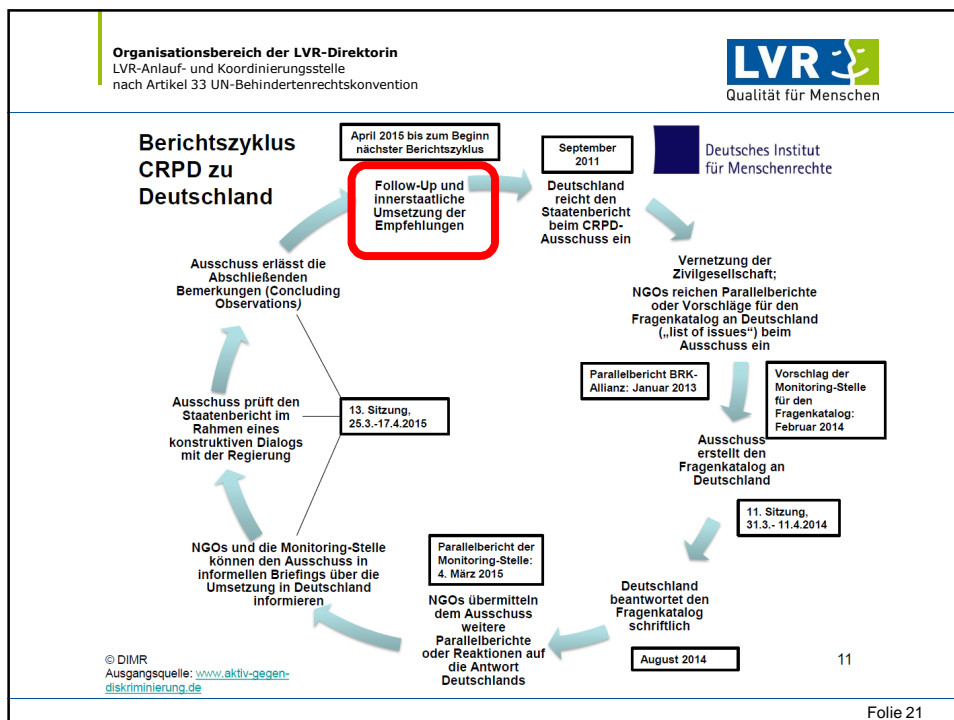
- **„...gelingt es dem Vertragsstaat nicht, mit dem angemessenen Problembewusstsein und sachlicher Tiefe auf die aufgeworfenen Fragen zu reagieren.“ (Parallelbericht, S. 5)**

Folie 19

„O-Ton“ BRK-Allianz

- **„Gemessen am eigenen Anspruch und dem gesellschaftlichen Leistungsvermögen von Deutschland erscheinen die Ausführungen der Bundesregierung sehr ausweichend und unkonkret.“ (Reaktion der BRK, S. 3)**

Folie 20



Organisationsbereich der LVR-Direktorin
LVR-Anlauf- und Koordinierungsstelle
nach Artikel 33 UN-Behindertenrechtskonvention

LVR
Qualität für Menschen

Gemeinsam in Vielfalt
Der LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Vielen Dank!

Kontakt LVR-Anlaufstelle BRK: bernd.woltmann@lvr.de